

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Ungelesene u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM. bei Vorbestellung 2 RM. Zugleich Abzug 1 RM. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abzug 1 RM. für die Postgebühren. Abzug 1 RM. für die Postgebühren. Abzug 1 RM. für die Postgebühren.

Wichtigste Nachrichten: Die 4 getragene Nummer 20 RM., die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 RM. jährlich, die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 RM. jährlich, die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 RM. jährlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 295. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff. Dresden. Polizeit.: Dresden 2640. Dienstag, den 20. Dezember 1927.

Reichstagsferien.

Mit einem tief aus dem Herzen kommenden „Uff!“ der Erleichterung sind am vergangenen Sonnabend die Reichstagsabgeordneten in die Ferien gegangen; denn der letzten Monate Qual war groß, um ein Wort Schillers etwas zu variieren. Mehr als reichliche Arbeit in den Ausschüssen, viestündige Sitzungen im Plenum, wo zahllose Abstimmungen stattfanden, deren Resultat so manches Mal auf des Meisters Schneide hand, haben Zeit und Arbeitskraft der Volkvertreter hart genug in Anspruch genommen. Angenehmer und kurzweiliger wurde die Sache dadurch auch nicht gerade, daß der Wahlkampf des kommenden Jahres seinen ersten Schritten über das „Hohle Haus“ warf, Anträge, Neben- und Abstimmungen zu beeinflussen begann.

Das Parlamentsjahr 1927 zog ja im Zeichen der Krise ein, der „Ablichen“ Weihnachtskrise, die im Anfang Februar durch das neugebildete Kabinett Marx ihr Ende fand. Die Opposition hat der neuen Regierungskoalition und ihrem Kabinett manch schwere Stunde bereitet, so manches Mal haben auch angebliche oder wirkliche innere Schwierigkeiten in Kabinett und Koalition die Entwicklung zu gefährden vermocht. Beides wurde bisher überlagert von dem politischen Wunden; man hätte sich vor dem politischen Prophezeien darüber, wie es im kommenden Jahre ausfallen wird! Wachsende, tiefere Schatten wirft der Wahlkampf voraus; da muß man sich denn immer auf allerhand Überraschungen gefaßt machen. Auch bei der Beratung des Reichstagsulageentwurfs haben sich — wieder einmal — innerhalb der Koalition Schwierigkeiten gezeigt; nach bewährter Methode hat man die Weiterberatung vertagt, um in der Zwischenzeit eins der im Parlament überaus heiklen Kompromisse zu finden. Schließlich hat ja keine der jetzigen Koalitionsparteien ein wesentliches Interesse an der Sprengung des parlamentarischen Bündnisses, die zweifellos die Auflösung des Reichstages herbeiführen würde. Will man doch unter allen Umständen noch das Konstitutionsgeschädengesetz, das neue Strafgesetzbuch und so manches andere erledigen, vielleicht sogar auch an die soviel diskutierte Reichsverwaltungs- und verfassungsreform herangehen. Mitte Januar wird die jetzt aufgeworfene Streitfrage — Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in der Volksschule durch Beauftragte der entsprechenden Religionsgesellschaften — die schon Anlaß zu Krisen erregt hat, auch wieder mit größerer Ruhe und durch gegenseitiges Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen sein, weil man einen Wahlkampf um das Reichstagsulagegesetz doch nicht entbehren lassen will.

Gelegentlich ist im Jahre 1927 durch den Reichstag recht Erhebliches geleistet worden; ob Gutes oder Schlechtes, wird natürlich von verschiedenen Parteistandpunkten aus auch verschieden beurteilt. Die großen Vorlagen über die Erwerbslosenversicherung und die Rentenbefreiung konnten aber doch auch mit Zustimmung der Opposition erledigt werden; sie sind sozialpolitisch, finanziell und wirtschaftlich von besonders großer Bedeutung. Erfreulicherweise ist es auch gelungen, eine Reihe von Handelsverträgen unter Dach und Fach zu bringen und die abgedrohten handelspolitischen Beziehungen mit Polen leicht wieder anzuknüpfen. Am meisten Arbeit verurteilt dem Parlament natürlich das Schmerzenskind, nämlich die Finanzen Deutschlands. Auch hier ist noch manches, was geschehen soll, erst im Werden, aber in letzter Stunde hat man doch wenigstens eine wenn auch bedingte Lohnsteuerverform durchgeführt, weil die Reichseinnahmen weit höher waren, als man dies zu Beginn des Jahres je zu hoffen wagte. Denn im großen und ganzen können wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1927 einigermaßen zufrieden sein; dabei hat zweifellos sehr erheblich mitgewirkt, daß unsere deutsche sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß kam, die Wirtschaft vor irgendwelchen Experimenten nach dieser Richtung hin verschont geblieben ist.

Außenpolitisch hat sich der Reichstag einer gewissen Resonanz hingeeben, da hier die Entwicklung zwangsläufig verlief. Hierin herrschte im Reichstag eine Art Kirchholstunde, die nur sehr selten durch kurze, milde Debatten gestört wurde; daß es im nächsten Jahr anders wird, ist nicht zu erwarten. Viel an Arbeit ist durch den Reichstag geleistet worden im nun bald verflohenen Jahr; nicht minder Wichtiges soll im kommenden Jahr noch geleistet werden und dann — hat der Wähler das Wort.

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter.

Ernennungen durch den Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat im Einvernehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie den obersten Landesbehörden zu Präsidenten der Landesarbeitsämter folgende Herren ernannt: Für den Bezirk Ostpreußen den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Gahner, für Schlesien den Landesrat Görtner, für Brandenburg Stadtrat Brühl, für Pommern Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium Kreiswanz, für die Provinz Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Sjöberg, für Niedersachsen Präsident Dr. Aml, für Wefalen Direktor Dr. Erdmann, für das

Eine Kundgebung zur Wirtschaftsnot.

Berlin, 19. Dezember. Die Spitzenverbände für Handel, Industrie, Bankwesen und Handwerk veröffentlichten eine Kundgebung, in der auf die dauernd steigende Steuerlast in Reich, Ländern und Gemeinden, auf die Gefahren für unsere wirtschaftliche Entwicklung und auf die Unmöglichkeit einer ausreichenden Kapitalbildung hingewiesen wird. Die deutsche Wirtschaft befindet sich zurzeit in einem Zustand der Selbstkostenkrise. Die Steigerung der Selbstkosten in der Produktion und der Verteilung der Waren habe in den letzten Monaten einen Grad erreicht, der nach dem Abflauen der Inlandskonjunktur befürchten läßt, daß sich die Konkurrenz ausländischer Waren auf dem inländischen Markt verstärken. Es komme daher vor allem darauf an, daß sich unser Preisstand nicht erhöhe. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele müßten auf der Grundlage einer einheitlichen Politik eingestellt sein. Die Mitte Januar nächsten Jahres stattfindende Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder müsse ein historisches Ereignis für die Entwicklung unseres Staatslebens werden und die finanzpolitische Lage veranlassen die sofortige Durchführung eines Notprogramms.

Die Spitzenverbände machen eine Reihe von Vorschlägen. Das wichtigste Ziel müsse darin bestehen, die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Kommunalverbänden bereits im Jahre 1928 gegenüber 1927 sehr erheblich zu kürzen. Dem Reichsfinanzminister sei gegenüber dem Reichstag das Recht des Einspruchs gegen Erhöhungen der Ansätze des von der Regierung vorgelegten Haushaltsjahres sowie gegen Beschlüsse mit nachträglichen Mehrausgaben einzuräumen. Das gleiche müsse für die Länderregierungen und Kommunalverbänden gelten. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände müßten mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage zu geben, insbesondere müßten sie in gewissen Zeitabständen über den Stand ihrer schwebenden Verpflichtungen Bericht erstatten. Dem Reichsfinanzminister müsse ferner das Recht gewährt werden, unter der Voraussetzung, daß der Haushaltsplan eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches verletzt, Einspruch zu erheben. Die Verwaltungsreform müsse mit größter

Beschleunigung in Angriff genommen werden. Die Spitzenverbände fordern, daß bis zur Erledigung der Reform auf allen Gebieten der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltung die Einstellung neuer Anwärter gestemmt wird. Weiter müßten die Befugnisse des Reichsparlamentarismus erweitert werden.

Die Hilfe für Ostpreußen.

Gemeinsame Kabinettsitzung. Eine gemeinsame Sitzung der beiden Kabinette, der Reichsregierung und der preussischen Regierung, wurde für Mittwoch angesetzt, in der über die Maßnahmen beraten werden wird, die die dringlichste Aktion der beiden Regierungen zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Ostpreußen vorsehen hat. Geplant sind die Ausgabe möglichst niedrig verzinslicher Pfandbriefe, die Gewährung von Zwischentrediten für die Landwirtschaft, ein Sonderkredit für die Genossenschaften. Die bisherigen erfüllbaren Hypotheken sollen verbilligt, Wechseln und zweite Hypotheken abgelöst werden. Über den wirtschaftlichen Sachverständigen, den Ostpreußen in die neue Verwaltungshilfe für Ostpreußen beim Reichsminister des Innern ernennen soll und für den das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Reichskanzler vorbehalten ist, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde der Gesetzentwurf betreffend das Abkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Seefischen behandelt. Nach längerer Aussprache kam sowohl von Seiten der Reichsregierung wie von Mitgliedern des Ausschusses zum Ausdruck, daß der Wunsch nach einer möglichst freibestimmten Gestaltung der Beziehungen der Seefischerei allerdings im Statut in milder Hinsicht nicht verwirklicht worden sei, insbesondere seien die deutschen Wünsche in dieser Beziehung nicht durchweg befriedigt worden. Hierauf vertrat sich der Ausschuss.

Rheinland Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium A. D. Dr. Engler, für Mitteldeutschland den Präsidenten im Landesfinanzamt Berlin Dr. Döhl, für Sachsen Dr. Schulze für Bayern Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Geheimrat Kerschenecker und für Südwestdeutschland Ministerialrat im württembergischen Arbeitsministerium Ratin.

Das gestrichene Panzerschiff.

Doppelvorlage im Reichstag? Der Reichstag hat bekanntlich an dem Entschluß für 1928 mehrere Streichungen vorgenommen, so u. a. auch eine angeforderte Summe von 13,5 Millionen Mark für den Bau eines neuen Panzerschiffes abgesetzt. Diese Kürzung, die der Reichstag mit der Notwendigkeit begründete, überflüssige Ausgaben zu vermeiden und mehr Wert auf die Sozialpolitik zu legen, hat ziemlich großes Aufsehen wachgerufen. Man schreibt die Streichung den preussischen Stimmen im Reichstag zu und will wissen, die Reichsregierung werde sich dabei nicht beruhigen, sondern dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen. In manchen Kreisen wird allerdings behauptet, der Beschluß des Reichstags sei auf die Haltung der Zentrumsvorteiler zurückzuführen. Würde das Zentrum im Reichstag nicht von dem Standpunkt seiner Freunde abweichen, so hätte die Regierung wenig Aussicht, mit ihrer Panzerschiffforderung durchzudringen.

Der Eisenkonflikt dauert an.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Arbeitnehmer. In Essen tagte die Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch) für den Ruhrbezirk Nordwest. Nach erregter Aussprache wurden die beiden Schiedssprüche des Schlichters einstimmig abgelehnt. Angegriffen wurden in dem Arbeitschiedsspruch insbesondere die Regelung der Sonntagsarbeit und die Bestimmungen über die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben. Die Regelung über die Lohnhöhe wurde als vollständig indiskutabel bezeichnet, und auch die Laufdauer des Schiedsspruchs wurde abgelehnt.

In Mülheim an der Ruhr tagte gleichzeitig die Vertreterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Auch in dieser Versammlung wurde der Schiedsspruch über die Lohnhöhe kurzgehandelt abgelehnt. Die Ansichten über den Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit waren geteilt.

Die führenden Industriellen der nordwestlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes sind in Düsseldorf zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten, um

die Richtlinien für die Stellungnahme der Großindustrie bei den am Dienstag stattfindenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin festzulegen. Eine Klärung in der Frage der Stilllegungsaktion ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Diese Ungewissheit hat in Arbeiterkreisen Verunruhigung hervorgerufen.

Die amerikanische U-Boot-Tragödie.

Morseverständigung unter Wasser. Das amerikanische U-Boot „S. 4“ wurde auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paudding“ gerammt und ging unter. Zeugen des Unglücks berichten, daß der Zerstörer „Paudding“ im Begriff war, in den Hafen einzulaufen, als das U-Bootboot plötzlich auftauchte. Der Zerstörer konnte seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern, und so stießen die Schiffe zusammen. Das U-Bootboot sank sofort. Das Schicksal der aus vier Offizieren und 39 Mann bestehenden Besatzung ist noch ungewiß.

Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen.

Vorläufiges Resultat. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen haben erhalten: der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1608 Vertrauensmänner gleich 45,3 Prozent sämtlicher Vertrauensmännerstimme, die mit ihm verbündeten Verbände weitere 200 Vertrauensmännerstimme. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat 901 Vertrauensmänner gleich 25,1 Prozent der Stimm erhalten, der gesamte Hauptauschuß 2924 Vertrauensmännerstimme gleich 82,4 Prozent sämtlicher Vertrauensmännerstimme. Die 14 Nfaverbände haben es auf 344 Vertrauensmännerstimme gleich 15,3 Prozent sämtlicher Vertrauensmännerstimme gebracht. Das bedeutet für sie einen Rückgang gegen die letzte Wahl im Jahre 1922.

Die amerikanische U-Boot-Tragödie.

Morseverständigung unter Wasser. Das amerikanische U-Boot „S. 4“ wurde auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paudding“ gerammt und ging unter. Zeugen des Unglücks berichten, daß der Zerstörer „Paudding“ im Begriff war, in den Hafen einzulaufen, als das U-Bootboot plötzlich auftauchte. Der Zerstörer konnte seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern, und so stießen die Schiffe zusammen. Das U-Bootboot sank sofort. Das Schicksal der aus vier Offizieren und 39 Mann bestehenden Besatzung ist noch ungewiß.

Der Zerstörer „Paudding“ erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. Er wird voraussichtlich sofort am Strand geschleppt werden müssen, da man sein Sinken befürchtet. Das Marineministerium wurde benachrichtigt, daß Leuchtbojen feststellen, daß sich in dem Torpedoraum des